

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 19 (1927)
Heft: 9

Artikel: Der Pariser Kongress des I.G.B.
Autor: Dürr, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352303>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Pariser Kongress des I. G. B.

Von Karl Dürr.

Mit Ausnahme des Gründungskongresses von 1919 in Amsterdam wurde keiner Tagung des I. G. B. mit solchem Interesse entgegengesehen wie dem Pariser Kongress. Es lag allerlei Konfliktstoff in der Luft. Die Stimmung war gedämpft. Man erwartete irgendwie einen Bruch mit dem Bisherigen. Dieser ist denn auch prompt erfolgt, und zwar mit sensationellem Beigeschmack. Trotzdem waren die Verhandlungen so sachlich nüchtern, dass der Berichterstatter einer Zeitung, der offenbar der Auffassung ist, Meinungsverschiedenheiten könnten nur mit den Fäusten oder mindestens mit Schimpfiaden erledigt werden, darüber sehr unzufrieden war.

Der Eröffnung voraus gingen Sitzungen der internationalen Berufssekretäre, des Ausschusses und der Arbeiterinneninternationale.

Die Schweiz war vertreten durch: Schneeberger, Dürr, Brunner und Degen (Bern), Oprecht, Wyss, Willhelm (Zürich) und Mäglin, Postangestellter (Basel). Der letztere stellte sich dem Kongress als « einziger Arbeiter » vor.

Schon bei der Eröffnung verbreitete sich Krisenstimmung. Der Präsident, Purcell, hielt eine mit starken Phrasen und Moskauer Anklängen gewürzte, langstielige Ansprache, die sofort mit Gegenerklärungen seiner Vorstandskollegen beantwortet wurde. Man empfand sowohl im Vorstand wie im Plenum diesen Vorstoss Purcells als Affront.

Die Rede beleuchtete den Zwiespalt in der Leitung des I. G. B., der in ähnlicher Weise zu den Zeiten Fimmens offenbar wurde, da auch Fimmen ein Liebhaber solcher Extratouren war und auch heute noch ist, was sein Antrag auf einen Boykott Amerikas als Protest gegen das Todesurteil Sacco und Vanzetti zeigte. Unter diesen Umständen braucht man sich über die mangelnde Aktionsfähigkeit des Vorstandes des I. G. B. nicht zu wundern.

Der erste Kongresstag war im übrigen mit Begrüßungsreden ausgefüllt. Ausser dem Vertreter Frankreichs sprach Thomas für das Internationale Arbeitsamt, Adler für die Sozialistische Arbeiterinternationale sowie je ein Vertreter der indischen, südafrikanischen und mexikanischen Gewerkschaften.

Ueber den Geschäftsbericht braucht hier nichts gesagt zu werden, da er in Nummer 7 der « Rundschau » besprochen wurde. Er wurde von Sassenbach mündlich ergänzt.

Als erster Diskussionsredner kam Caballero (Spanien) zum Wort, der wegen der Organisierung der Reise nach Mexiko Brown angriff. Er wurde von Mertens (Belgien) unterstützt. Dieser Angriff war schon deshalb deplaciert, weil diese Angelegenheit im

Ausschuss eingehend erörtert worden war und der Vorstandsbericht — wie wir schon bei der Besprechung des Berichtes feststellten — nicht den Tatsachen entsprach. Lindley (Schweden) und Dürr (Schweiz) wiesen den Angriff zurück. Letzterer verlangte die Aufnahme einer Richtigstellung im Bericht.

Verschiedene Diskussionsredner, u. a. Grassmann (Deutschland), Hicks (England) und Dürr (Schweiz), vermissten eine aktive Stellungnahme zu den Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik.

Brown, Sekretär des I. G. B., setzte sich gegen die Angriffe bezüglich der Reise nach Mexiko energisch zur Wehr. Er holte dabei zum Gegenschlag aus gegen Oudegeest, indem er ein Schreiben des letzteren an Jouhaux, datiert vom 6. November 1924, zur Verlesung brachte. Dieser Brief sollte dartun, dass Oudegeest in der russischen Frage ein Doppelspiel trieb und hinter dem Rücken der Engländer deren russenfreundliche Politik zu durchkreuzen versuchte.

Der Brief, der seither in einem Teil der Presse eifrig kommentiert wurde, erregte auf dem Kongress beträchtliches Aufsehen.

Der Sprecher der englischen Delegation gab sofort die Erklärung ab, dass, wenn dieser Brief authentisch sei, dies als Sabotage der englisch-russischen Verständigungsaktion aufgefasst werden müsse.

Der Vorstand des I. G. B. trat zu einer Sitzung zusammen, um zu dem Briefe Stellung zu nehmen. Auf seinen Antrag beschloss der Kongress, die Behandlung der Angelegenheit der Kommission I (Finanz- und Personalfragen) zu übertragen. Nun zum Inhalt des Briefes.

Am 6. November 1924 schrieb Oudegeest an Jouhaux in einem Brief u. a.:

... Beiliegend übersende ich Dir eine Abschrift in französischer Sprache des Briefes, den wir von Tomski erhalten haben. Er war in sehr schlechtem Englisch geschrieben. Er scheint mir einen aufrichtigen Wunsch der Russen zu beweisen, mit uns zusammenzuarbeiten, und deshalb scheint es mir für uns an der Zeit, zum Angriff überzugehen. Aber es ist noch möglich, dass sie nichts hören wollen betreffs unserer Beziehungen mit Genf. In unserer Antwort können wir sie zum Beispiel fragen, was sie von unserem Prinzip der absoluten Unabhängigkeit der uns angeschlossenen Organisationen von jeder politischen und religiösen Beeinflussung, von der durch uns garantierten, aber durch ihre Zellenarbeit verletzten Autonomie der Landeszentralen denken, was sie von unseren Beziehungen zum Internationalen Arbeitsamt (das sie im Gegensatz zu uns als Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie ansehen), und von unserer Tätigkeit in der Abrüstungskommission des Völkerbundes halten.

Die entscheidendste Stelle in dem schlecht stilisierten Briefe liegt in dem gesperrt gedruckten Satz. Man wird, wenn man objektiv sein will, zugeben müssen, dass dieser Satz nicht unbedingt als Merkmal für eine Sabotage der Einigungsverhandlungen aufgefasst werden muss. Wichtig ist vor allem zu wissen, dass das

Originalmanuskript von Oudegeest in holländischer Sprache abgefasst wurde. Es wurde danach in die französische Sprache übersetzt und es besteht die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit, dass ein Uebersetzungsfehler vorliegt. Aus dem übrigen Inhalt des Schreibens lässt sich bei logischer Betrachtung schwerlich der Schluss ziehen, dass Oudegeest einen «Angriff» auf die Russen geplant haben sollte. Viel einleuchtender wäre es, wenn an Stelle des Wortes Angriff Initiative oder Offensive gesetzt worden wäre, was den damaligen Verhältnissen entsprechend bedeutet hätte, dass der I. G. B. nun aus seiner Passivität heraustreten und ernstlich an das Problem herantreten sollte. Nur wenn man dem Schreiben diese Deutung unterlegt, erscheint der Inhalt sinngemäss. Oudegeest wollte Aufschluss über die Stellung der Russen zum Internationalen Arbeitsamt, zur politischen und religiösen Unabhängigkeit der angeschlossenen Organisationen und zur Abrüstung erhalten.

Tatsächlich ist ein Angriff gegen die Russen auch nie erfolgt. Im Gegenteil. Die Offensive verblieb nach wie vor bei den Russen.

An der Vorstandssitzung im Februar 1925 stellte der Vorstand erneut den Antrag, es sei mit den Russen nur auf Grund der bestehenden Statuten des I. G. B. zu verhandeln, während die Engländer (und in ähnlicher Weise wir) die Anknüpfung von Verhandlungen ohne Vorbedingungen befürworteten.

Im Anschluss an jene Sitzung wurde dann das englisch-russische Komitee gebildet. Ueber die weitere Entwicklung der Dinge haben wir im Bericht des Bundeskomitees an die Verbände pro 1924/27 das Notwendigste gesagt. (Seite 83—86.)

In dem gleichen Schreiben spielt eine andere Stelle ebenfalls eine Rolle. Es heisst da:

Bei unserer Vorstandszusammenkunft vom 1. Dezember wird der Engländer Hicks unter uns sein, der Purcell vertreten wird, welcher nach Russland gereist ist. Erscheint es Dir unter den gegebenen Umständen nicht gut, dass wir im Einverständnis mit Mertens über die Antwort, die zu geben ist, einig seien, ehe man in der Sitzung des Vorstandes selbst darüber unterrichtet, dass der Sturz des englischen Ministeriums eine lebhafte Reaktion gegen die Kommunisten hervorgerufen hat. Purcell wurde durch den Sinojew-Brief vom Parlament ausgeschlossen, und ich frage mich, ob seine kommunistischen Sympathien jetzt noch ebenso stark sein werden, wie im letzten Jahre. Auf alle Fälle scheint es mir wünschenswert, dass wir in unserer Antwort an die Russen und, wie ich schon gesagt habe, betreffs der Punkte, über die ich gesprochen habe, die Karte der englischen Autonomie und der Zellenbildung ausspielen, wodurch, wie ich glaube, unsere Positionen nur gestärkt werden können.

Aus diesem Abschnitt soll hervorgehen, dass hinter dem Rücken der Engländer Separatbesprechungen im Vorstand stattfinden sollten. Natürlich kommt es auch hier auf die Auslegung an.

Oudegeest bestätigte die Absendung des Briefes, bezweifelte aber die korrekte Uebersetzung im ersten Teil. Leider lässt sich

darüber nichts mehr feststellen, da das holländische Manuskript nicht mehr vorhanden ist.

Nach der Aussage von Oudegeest liegt auch beim zweiten Teil des Schreibens ein Missverständnis vor. Nach dem ersten Satz sollte ein neues Alinea beginnen. Dadurch würde markiert, dass die Vorbesprechung sich nicht auf Hicks bezieht, sondern auf die gesamten vorliegenden Probleme. Wir fragen: Kann eine solche Vorbesprechung dem Genossen Oudegeest als Kapitalsünde angekreidet werden? Von den Engländern, die, entgegen den Beschlüssen des I. G. B., mit den Russen ein besonderes Komitee gebildet haben, das seither allerdings aus dem Leim ging, gewiss am allerwenigsten.

Auch die Entrüstung der kommunistischen Parteipresse ist angesichts ihrer Leistungen auf diesem Gebiet völlig deplaciert.

Um diese Angelegenheit vorweg zu erledigen, sei nun berichtet, dass die Kommission I die Briefaffäre in langwierigen Sitzungen peinlich erörterte. Sie sprach ihr Bedauern aus über das Verhalten von Brown, der das Schreiben 21½ Jahre lang in der Tasche behielt, ohne mit seinen Kollegen im Bureau auch nur ein Wort darüber zu sprechen. Die Kommission sprach sich weiter dahin aus, dass persönliche Meinungsverschiedenheiten in untergeordneten Fragen der Taktik beseitigt und eine Atmosphäre des Vertrauens in die Leitung geschaffen werden müsse. Sie verlangt vom Kongress die Vorkehrung geeigneter Massnahmen.

Noch vor der Behandlung der Kommissionsanträge im Plenum gab Oudegeest die folgende Erklärung ab:

« Der Kongress muss seine Arbeiten in voller Ruhe und Objektivität erledigen, ohne sich mit persönlichen Fragen zu beschäftigen. Aus diesem Grunde sehe ich mich veranlasst, dem Kongress kurz mitzuteilen, dass es, wie immer die Entscheidung der ersten Kommission ausfallen möge, klar ist, dass ich nicht mehr das Vertrauen aller Länder besitze. Ich werde sonach unter allen Umständen meine Funktion als Sekretär niederlegen. »

Dass dieser Rücktritt vom Kongress ohne Diskussion angenommen wurde, zeigt, dass die einmütige Auffassung bestand, es müsse in allen Angelegenheiten volle Klarheit herrschen und es dürfe auch nicht der Schein irgendwelcher Zweideutigkeit geduldet werden.

Der Kongress stimmte den Anträgen der Kommission zu. Mit der Demission Oudegeest galt auch das Mandat von Brown als erledigt, obgleich dieser sich darüber nicht ausgesprochen hatte.

Ein Kongress wie der des I. G. B., bei dem alle Voten in drei oder gar vier Sprachen übersetzt werden müssen, bietet technische Schwierigkeiten, von denen sich der Fernstehende kaum einen Begriff macht. Während der langwierigen Uebersetzungen entsteht meist grosse Unruhe, Kommen und Gehen. Die Hörer müssen sich um die Rednertribüne scharen, um überhaupt etwas zu verstehen. Die Redemöglichkeit ist sehr beschränkt.

Der Zeitgewinnung wegen werden daher die Referate über die Hauptfragen schriftlich erstattet, so dass jeder Delegierte sich über die Themen schon zu Hause orientieren kann. Ebenso werden Kommissionen gebildet, deren Aufgabe es ist, zu den einzelnen, ihnen überwiesenen Fragen Stellung zu nehmen und dem Plenum Vorschläge zu unterbreiten. Jede Delegation hat das Recht, ein Mitglied in jede Kommission zu entsenden. In den Kommissionen besteht die Möglichkeit des Meinungs-austausches in viel höherem Masse als wie im Plenum. Auf dem Pariser Kongress wurden acht solche Kommissionen eingesetzt, und zwar: I. Finanzen und Personalfragen, II. Organisatorischer Aufbau des I. G. B., III. Angestellte, Beamte und freie Berufe in der Gewerkschaftsbewegung, IV. Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen, V. Statutenänderungen, VI. Internationaler Kampf um den Achtsturentag, VII. Die wirtschaftliche Weltlage, VIII. Abrüstungsfrage und Kampf gegen Krieg und Militarismus.

Das Ergebnis der Kommissionsarbeit wurde dem Kongress in Resolutionen unterbreitet, die wir noch zum Abdruck bringen werden. In den meisten Fällen wurden diese Resolutionen vom Kongress nach kurzer Berichterstattung und wenigen Bemerkungen von Diskussionsrednern angenommen. Sie gelten als Richtlinien der Länder in der Behandlung der betreffenden Fragen auf nationalem Gebiet, und es ist die moralische Pflicht eines jeden Landes, nicht nur auf dem Kongress eine platonische Zustimmungserklärung abzugeben, sondern im Sinne der Verwirklichung dieser Postulate zu arbeiten.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die Stellungnahme zum Achtsturentag und die Stellungnahme zu den Fragen der Weltwirtschaft. Sie stehen nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses der Arbeiterschaft der ganzen Welt.

Bezüglich der internationalen Hilfe bei Lohnkämpfen wurde der Vorlage des Vorstandes mit dem Ergänzungsantrag der Schweiz, wonach Hilfsaktionen nur auf Antrag der betreffenden Landesorganisationen einzuleiten sind, zugestimmt.

Der Antrag Oesterreich, wonach dem I. G. B. neben den Landeszentralen auch die Berufssekretariate organisatorisch unter Beitragsleistung angegliedert werden sollten, wurde schon in der Sitzung der internationalen Berufssekretäre abgelehnt und dann im Plenum zurückgezogen. Abgelehnt wurde ferner als verfrüht die Errichtung einer internationalen Streikkasse.

Die Bestimmung, wonach dem Ausschuss drei internationale Berufssekretäre angehören, wurde gestrichen. Statt dessen soll jährlich mit dem Ausschuss eine Konferenz stattfinden zur Besprechung des Arbeitsprogramms.

In den Statuten wurden ziemlich bedeutende Aenderungen vorgenommen, wobei die Anträge der Schweiz in weitgehendem Masse akzeptiert wurden.

An Stelle eines Präsidenten und drei Vizepräsidenten sollen in Zukunft ein Präsident und fünf Vizepräsidenten den Vorstand bilden. Diese Aenderung bezweckt eine bessere Berücksichtigung der Sprachengruppen. An Stelle der bisherigen drei Sekretäre soll in Zukunft ein Generalsekretär bestimmt werden, der die Verantwortung trägt für die gesamte Tätigkeit des I. G. B. Der Ausschuss, der bisher aus den Vertretern von Ländergruppen zusammengesetzt war, wird in der Weise geändert, dass j e d e s Land ein Mitglied in den Ausschuss entsendet. Die Wahl der Ausschussmitglieder wird nicht mehr vom Kongress, sondern von den Landeszentralen vorgenommen. Den Vertretern finanziell schlecht gestellter Länder kann ein Beitrag an die Delegationsspesen gewährt werden. Die Revisoren werden nicht mehr vom Kongress, sondern vom Ausschuss bestimmt.

Eine Reihe von weiteren Aenderungen ist bedingt durch die vorstehend angedeuteten Aenderungen, hat also mehr redaktionellen Charakter.

Die Anträge der Statutenberatungskommission wurden vom Kongress diskussionslos angenommen. Im Zusammenhang damit wurde aber auch die Frage des Sitzes, der Sekretäre und der Beiträge behandelt, ebenso die Briefgeschichte, über deren Erledigung bereits berichtet wurde.

Grundsätzlich wurde beschlossen, es sei der Sitz des I. G. B. in ein anderes Land zu verlegen. Die Wahl des Landes soll Sache des Vorstandes und des Ausschusses sein. Rätselraten ist da wirklich schwer. Unsere Auffassung ging von Anfang an dahin, es sei ein Land zu wählen, in dem eine der Hauptsprachen gesprochen wird, damit die Uebersetzungskosten vermindert werden — nebenbei bemerkt, ist damit auch eine gewisse Gewähr geboten, dass solche Missverständnisse, wie sie der Brief Oudegeest im Gefolge hatte, vermieden werden. Die Engländer schlugen Brüssel vor. Ferner wurden Deutschland und die Schweiz genannt. Gegen die Wahl der Schweiz hätten wir dann nichts einzuwenden, wenn uns aus dem Sitz weder eine moralische noch eine sachliche Belastung erwächst. Der Vorschlag von Deutschland würde uns zusagen, wenn Gewähr geboten ist, dass das Sekretariat nicht unter die Vormundschaft des grossen A. D. G. B. kommt. Brüssel hat auch seine Freunde, doch scheut man da und dort die Nähe von Amsterdam. Nun hoffen wir, dass die Angelegenheit reiflich geprüft und ein akzeptabler Vorschlag gemacht werde.

Nachdem Oudegeest seinen Rücktritt erklärt hatte und Brown sozusagen stillschweigend fallen gelassen worden war, hat sich die Sekretariatsfrage für den Moment sehr vereinfacht. Die Kommission schlug vor, es sei Sassenbach, der beabsichtigt hatte, sich ebenfalls zurückzuziehen, mit der provisorischen Leitung des I. G. B. zu betrauen.

Diese Lösung erscheint uns als sehr zweckmässig, ja, wir glauben, es sollte dieses Provisorium so lange beibehalten werden, bis

die Sitzfrage endgültig erledigt und der I. G. B. finanziell einigermaßen saniert ist. Der Kongress hat nämlich sowohl eine Erhöhung der Beiträge wie die vorübergehende Erhebung von Extrabeiträgen abgelehnt. Es muss daher die Sanierung auf dem Wege der Sparmassnahmen durchgeführt werden. Unter solchen Umständen kann in den nächsten Jahren von grosszügigen Aktionen natürlich keine Rede sein.

Zu einem Intermezzo führten schliesslich noch die Vorstandswahlen. Dass Purcell nach all dem, was in den letzten drei Jahren vorgefallen war, nicht mehr als Vorstandsmitglied in Betracht kommen konnte, war ausser den englischen Vertretern allen andern klar. Darüber hinaus hatten die Vertreter der kleineren Länder im Ausschuss Grund zur Unzufriedenheit wegen der sehr rigorosen Behandlung durch Purcell, der seine Freunde unbeschränkt zum Wort kommen liess, die Vertreter der kleinen Länder aber gern übersah. Wir übernahmen es, als an den Vorstandswahlen nicht direkt Beteiligte, die Wahlvorschläge einzureichen und an Stelle von Purcell Hicks in Vorschlag zu bringen. Zur grössten Ueerraschung aller Delegierten gab Citrine im Namen der englischen Delegation die Erklärung ab, dass sie gezwungen sei, an der Kandidatur Purcell festzuhalten. Diese sei vom englischen Kongress aufgestellt und niemand habe das Recht, eine andere Nomination zu machen. Würde die Kandidatur Hicks aufrechterhalten, so wäre die englische Delegation zum Verlassen des Kongresses gezwungen. Auf Vorschlag des Präsidenten fand dann eine Besprechung zwischen der Schweizer Delegation und den Engländern statt, die aber ergebnislos verlief. Die Schweizer Delegation wollte ihrerseits die Verantwortung für den Rücktritt der Engländer nicht übernehmen. Sie liess daher den Vorschlag Hicks fallen, ohne aber Purcell an seine Stelle zu setzen. Der Vorschlag Hicks wurde indessen von Deutschland, Oesterreich und den skandinavischen Ländern wieder aufgenommen. Aus der geheimen Abstimmung gingen als gewählt hervor: Jouhaux, Leipart, Mertens, Madsen mit je 69 Stimmen, Hicks mit 68 Stimmen und Tayerle mit 59 Stimmen. Purcell erhielt 1 Stimme. England, Palästina, Kanada und Südafrika hatten nicht gestimmt. Der Vertreter Kanadas, der uns auf der Heimreise in Bern besuchte, erklärte, dass er, wenn er hätte anwesend sein können, nicht für Purcell gestimmt hätte. Es bleibt nun abzuwarten, ob nach dieser einmütigen und unzweifelhaften Ablehnung von Purcell die Engländer sich eines andern besinnen. Wir würden bedauern, wenn es nicht der Fall wäre, denn damit wäre England für die nächsten drei Jahre von der Leitung des I. G. B. ausgeschlossen.

Mit den Wahlen hatte der Kongress sein Ende gefunden. Der Vizepräsident richtete an den Genossen Oudegeest noch einige Dankesworte und würdigte kurz das Ergebnis der Tagung.

Nun ist es Sache der Delegierten und der Landeszentralen, sich über das Ergebnis des Kongresses Rechenschaft abzulegen.

Wir müssen gestehen, dass er unsere Erwartungen übertrifft. All die Misstöne, die unvermittelt dazwischen klangen, haben in ausgezeichneter Weise zur Klärung der Situation beigetragen. So wurde es offenbar, dass die Männer, denen die Leitung des Sekretariats anvertraut war, bei all ihrer Qualifikation und persönlichen Tüchtigkeit nicht zur Zusammenarbeit fähig waren. Darunter litt die Gesamtorganisation. Es ist in solchen Fällen schwer, einen « Schuldigen » zu suchen und ihn in die Wüste zu schicken. Auf dem Kongress löste sich aber jede Schwierigkeit von selber. Der neue Vorstand hat nun freie Hand. Es wird von ihm erwartet, dass er aus dem, was geschehen ist, seine Lehre zieht und dafür sorgt, dass der Kongress nicht ein zweitesmal vor solche Situationen gestellt wird.

Unsere Besprechung wäre unvollständig, wenn wir nicht noch die Stellungnahme zum Fall Sacco und Vanzetti, der die ganze Welt beschäftigt, erwähnen würden. Der Vorstand brachte bei der Kongresseröffnung zur Kenntnis, dass ein Protest gegen die Hinrichtung beschlossen worden sei. Als Gouverneur Fuller die Hinrichtung auf den 10. August festgesetzt hatte, wurde eine Delegation, bestehend aus je einem Vertreter jedes Landes, zum amerikanischen Botschafter geschickt, um dort einen persönlichen Protest abzugeben. Das Botschaftsgebäude war von zirka 30 Polizisten bewacht, der Herr Botschafter selbst in Amerika abwesend. Eine Dreierdelegation wurde vom Herrn Sekretär empfangen. Dieses Ergebnis war mager, aber es war vor auszusehen, denn welche Machtmittel stehen dem Kongress zu Gebote, um diesen Doppelmord zu verhindern? Keine! Fimmen war da allerdings anderer Meinung, indem er den Boykott amerikanischer Waren in Vorschlag brachte. Wie ein solcher Boykott durchzuführen wäre, das weiss Fimmen sicher selbst nicht, ist für ihn auch nebensächlich. Wir halten allerdings dafür, dass es zuviel der Höflichkeit war, wenn der Vorstand den Antrag Fimmen zur « Prüfung » entgegennahm.

Auf dem Kongress waren vertreten: Südafrika 1 Delegierter, Deutschland 15, Argentinien 3, Oesterreich 5, Belgien 10, Bulgarien 1, Kanada 1, Dänemark 10, Spanien 7, Frankreich 22, England 12, Ungarn 12, Italien 6, Lettland 1, Luxemburg 4, Memel 1, Palästina 3, Holland 10, Polen 11, Schweden 10, Schweiz 8, Tschechoslowakei 12, total 165 Delegierte. Dazu kommen der Vorstand, die internationalen Berufssekretäre und die Gäste.

Am vierten Kongresstag fand, einer Einladung der französischen Gewerkschaften folgend, ein Ausflug nach Versailles statt, der eifrig dazu benützt wurde, persönliche Bekanntschaften zu machen und die schwebenden Fragen, die die Gemüter erregten, durch Diskussionen im kleinen Zirkel zur Abklärung zu bringen.